

Bischof Dr. Georg Bätzing, Vorsitzender der Deutschen
Bischofskonferenz

**Äußerung zur Lage im Heiligen Land beim Pressebericht zum
Abschluss der Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz
am 22. Februar 2024 in Augsburg**

Die Deutsche Bischofskonferenz traf sich zu ihrer Vollversammlung 2024 in Augsburg. Sie hielt ihre Beratung in dem Bewusstsein, dass sie „in weltpolitisch bedrückenden Zeiten“ zusammengekommen war. Wie Bischof Bätzing in seinem Bericht als Vorsitzender der Bischofskonferenz ausführte, erörterten die Bischöfe u.a. neben dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine auch die Lage im Heiligen Land. Sie taten dies „mit großer Sorge“ im Blick auf die Entwicklung des „Krieges im Heiligen Land“. Den Auftakt dieses Krieges bildete „der brutale Angriff der islamistischen Terrororganisation Hamas am 7. Oktober 2023“ mit der Tötung von etwa 1.200 Zivilisten und der Verschleppung von mehr als 200 Geiseln in den Gazastreifen. Der 7. Oktober habe sich in das Gedächtnis Israels „eingebrannt“. Bei ihrer Betonung des Selbstverteidigungsrechtes Israels hoben die Bischöfe die Pflicht hervor, dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit zu entsprechen. Sie wiesen darauf hin, dass seit Beginn der Kampfhandlungen „etwa 30.000 Palästinenserinnen und Palästinenser“ ums Leben gekommen seien und mahnten Israel, für einen wirksamen Schutz der Zivilbevölkerung im Gazastreifen Sorge zu tragen. Die Bischöfe waren von der Frage bewegt, wie sich für die betroffenen Menschen die Lage mittel- und langfristig entwickeln wird. Nur eine Zwei-Staaten-Lösung könne die Lage stabilisieren und zu Freiheit und Sicherheit der Menschen führen.

Keywords: Israel-Hamas-Krieg, Israel, Krise, Empathie, Menschenwürde

Mit großer Sorge verfolgen die deutschen Bischöfe die Entwicklung des Krieges im Heiligen Land. Man darf nicht vergessen: Den Auftakt bildete der brutale Angriff der islamistischen Terrororganisation Hamas am 7. Oktober 2023, bei dem etwa 1.200 Zivilisten – die meisten von ihnen Jüdinnen und Juden – teils auf bestialische Art getötet wurden. Die Hamas verschleppte mehr als 200 Geiseln in den Gazastreifen, von denen sich immer noch über 100 in den Händen ihrer Entführer befinden. Wie kaum ein anderes Ereignis nach der Gründung des Staates Israel hat sich dieser 7. Oktober in das kollektive Gedächtnis Israels eingebrannt. Seither zielt die Regierung Netanjahu darauf ab, die Hamas und ihre Infrastruktur komplett zu zerstören. Bei einer Bodenoffensive ist das israelische Militär bereits in weite Teile des Gazastreifens vorgerückt. Wir Bischöfe haben immer wieder das Selbstverteidigungsrecht Israels betont, zugleich heben wir aber auch nachdrücklich die Pflicht hervor, dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit zu entsprechen, jedes Übermaß an Gewalt zu vermeiden und dem Schutz der Zivilbevölkerung höchste Priorität einzuräumen.

Man kann heute nicht mehr übersehen, welchen menschlichen Tribut die Militärmaßnahmen gegen Gaza fordern: Neben israelischen Soldaten und Hamas-Kämpfern sind seit Beginn der Kampfhandlungen im Gazastreifen etwa 30.000 Palästinenserinnen und Palästinenser, darunter unzählige Zivilisten, Frauen und

Kinder, ums Leben gekommen. An jedem Tag erhöht sich die Zahl der Todesopfer, ganz zu schweigen von der prekären Situation der Bevölkerung, die kaum das Nötigste zum Überleben hat. Es mangelt an allem: Trinkwasser, Nahrung, Strom. Auch von einer ausreichenden Versorgung der mehr als 67.000 Verletzten in den noch verbliebenen Krankenhäusern und Provisorien kann kaum die Rede sein. Vor diesem Hintergrund bekräftigen wir unsere Position, dass Israel alles für einen wirksamen Schutz der Zivilbevölkerung im Gazastreifen tun und dafür Sorge tragen muss, die humanitäre Situation durchgreifend zu verbessern. Die Bevölkerung Gazas muss vollen Zugang zu Hilfsgütern und medizinischer Versorgung erhalten. Darüber hinaus appellieren wir zusammen mit großen Teilen der internationalen Gemeinschaft an Israel, von der geplanten Einnahme der Stadt Rafah, in der 1,3 Millionen Menschen zusammengepfercht sind, unter den derzeitigen Bedingungen abzusehen.

Uns alle bewegt die Frage, wie es für die Menschen in Israel und Palästina mittel- und langfristig weitergeht. Viele denken neu über die Zwei-Staaten-Lösung nach, für die die Päpste immer geworben haben. Auch die deutschen Bischöfe unterstützen einen neuen Anlauf zu einem international moderierten Dialog der Konfliktparteien, um endlich zu einer Lösung zu gelangen, die Freiheit und Sicherheit für Israel und Palästina und dauerhafte Stabilität für die Region des Nahen Ostens gewährleistet.

Die Traumata, die beide Völker – Israelis und Palästinenser – im Laufe des 20. und 21. Jahrhunderts erlitten haben, dürfen nicht gegeneinander aufgewogen werden – als ob das Leid der einen Seite beklagenswerter wäre als das der anderen. Jeder, der Opfer dieses Krieges wird, ist ein Menschenleben zu viel, egal, ob Israeli oder Palästinenser! Auf Dauer kann die Lage im Nahen Osten nur durch eine Zwei-Staaten-Lösung stabilisiert werden, die Frieden und Gerechtigkeit für alle Menschen in der Region garantiert. Dazu gehören Freiheit und Sicherheit für Israel und für Palästina. Der Weg dorthin führt über den Dialog, der politische, ethnische und religiöse Grenzen überwindet.

Quelle:

Pressebericht des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz...

in:

*<https://www.dbk.de/presse/aktuelles/meldung/abschluss-pressekonzferenz-der-fruehjahren-vollversammlung-2024-der-deutschen-bischofskonferenz-in-augsburg>
(2025-01).*